„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Deutsche Tage

Wie im „Courier" und anderen deutschsprachigen Blättern bereits angekündigt worden ist, veranstaltet das Deutsch-Canadische Zentralkomitee, die Vertretungskörperschaft der deutschen Gemeinden und Vereine, am 20. und 21. Juni den zweiten Deutschen Tag in Regina. Dazu ergeht an alle Deutschsprechenden herzlichste Einladung. Alle sind willkommen, wie es im ersten Aufruf heißt, ganz gleich, wo sie geboren, ganz gleich, welcher Konfession, welchem Stande oder welchem Lande sie angehören.

Deutsche Tage sollen das Gefühl der Zusammengehörigkeit wecken und stärken, sollen die Liebe zur Muttersprache und zu den Kulturgütern unseres Volkes wieder entflammen, sollen ein mutiges Bekenntnis zur gemeinsamen Abstammung darstellen. Deutsche Tage sollen aber auch in würdiger Weise bekunden, daß die Canadier deutscher Sprache und deutscher Herkunft sich ihrer Pflichten und Rechte als Bürger dieses Landes bewußt sind. So kann im Deutsch-Canadier eine edle Harmonie zwischen dem treuen Festhalten an den kostbaren Gütern unseres Volkes und der freudigen Hingabe an Canada erklingen.

Deutsche Tage sollen keine „Picknicks" sein, sondern unseren anderen Mitbürgern durch die Darbietung deutscher Musik und des deutschen Liedes beweisen, daß wir noch etwas Höheres kennen als nur einen gelegentlichen Vergnügungsrummel. Warum sollen wir das Schöne und Erhabene, das sich in den Werken deutscher Meister und deutscher Denker offenbart, ängstlich vergraben? Angehörige anderer Völker bringen große Opfer und unternehmen weite Reisen, um an die Quellen deutschen Wissens, deutscher Kunst und deutscher Musik zu gelangen. Und wir sollten die guten Kräfte, die in uns schlummern, brach liegen lassen, sollten die Schätze deutschen Liedes und deutscher Musik verborgen halten? Wir wären fürwahr unwürdige Erben eines großen Volkes, wenn wir nicht selbst uns eifrigst bestreben wollten, das Gute in uns zu verwerten und zur verdienten Geltung zu bringen. Das gebietet uns ein berechtigter Stolz, ohne daß wir deswegen die kulturellen Leistungen anderer Völker verachten.

Jedem Deutschen Tag sollte auch eine Idee, ein Grundgedanke eigen sein. Man könnte beispielsweise einmal die hervorragende Tüchtigkeit unserer deutschstämmigen Pioniere beim Aufbau Canadas in den Mittelpunkt eines Deutschen Tages stellen. Oder es ließe sich mit besonderem Nachdruck auf unsere Rechte und Pflichten als canadische Bürger deutscher Herkunft hinweisen. Oder man könnte eines großen deutschen Mannes gedenken, der für die Menschheit und die Kulturwelt von übergrabender Bedeutung ist. Am 22. März 1932 wird die hundertste Wiederkehr des Todestages unseres deutschen Dichterfürsten Johann Wolfgang von Goethe wohl in allen zivilisierten Ländern begangen werden. Jetzt schon werden da und dort großzügige Vorbereitungen getroffen, um diesem denkwürdigen Tage die rechte Weihe zu verleihen. Könnten die Deutschen Tage, die in diesem Jahre in Canada veranstaltet werden, nicht auch hier den Boden dazu vorbereiten? Wenn wir so große Männer wie Goethe ehren, ehren wir uns selbst und gewinnen dadurch nur an Achtung und Wertschätzung bei unseren anderen Mitbürgern. Unsere Deutschen Tage würden so zugleich einen tieferen Sinn und einen idealen Gehalt erhalten, ohne daß deswegen die gesellige und unterhaltende Seite der Veranstaltungen zu kurz kommt.

Wettlauf der Sprachen

Der Londoner „Observer" brachte vor einiger Zeit eine sehr interessante Zusammenstellung über die Entwicklung der Sprachen in den letzten hundert Jahren. Das Englische nimmt den ersten Platz ein. Vor hundert Jahren wurde es von ungefähr zwanzig Millionen Menschen als Muttersprache gesprochen; heute sind es fast 160 Millionen und weitere sechzig Millionen verstehen und gebrauchen es. Das Deutsche ist in dem gleichen Zeitraum von zweiunddreißig auf achtzig bis neunzig Millionen gestiegen. Weitere zwanzig Millionen verstehen es. Die anderen germanischen Sprachen zeigen eine Zunahme von über hundert Prozent.

Die Zahlen sind: Das Holländische von 6,300,000 auf 15,000,000; das Schwedische von 3,200,000 auf 7,500,000; das Dänische von 2,100,000 auf 5,000,000. Die Zunahme bei den romanischen Sprachen ist nicht ganz so groß. Das Italienische führt bei einer Zunahme von 21,400,000 auf 45,000,000, dann folgt das Spanische von 35,200,000 auf 50,000,000. Das Französische als Muttersprache stieg von 32,400,000 auf 45,000,000; aber es wird von 75 Millionen Ausländern verstanden. In dieser Hinsicht übertrifft es noch das Englische um 15 Millionen. Die einzige Sprache, die einen Rückgang aufweist, ist das Türkische. Es ist von dreißig auf vierundzwanzig Millionen zurückgegangen.

Die Angaben für das Deutsche scheinen eine sehr vorsichtige Schätzung zu sein. In Deutschland und seinen Grenzgebieten — Oesterreich, Schweiz und den abgetrennten Gebieten — leben allein schon 75 bis 79 Millionen Deutschstämmige. Dazu kommen noch etwa fünf Millionen im übrigen Europa in mehr oder weniger geschlossenen Siedlungen. Für Außereuropa Zahlen zu geben, ist sehr schwer. Gewöhnlich schätzt man die in Uebersee lebenden Deutschen auf zehn bis elf Millionen. Diese darf man jedoch nicht ohne weiteres denen mit deutscher Muttersprache hinzuzählen, denn viele von ihnen würden nicht mehr Deutsch als ihre Muttersprache bezeichnen, wenn sie es auch noch sprechen können. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Zahl der Deutschstämmigen mit deutscher Muttersprache mehr als 85 Millionen beträgt.

Die Zahl für das Spanische ist sicher zu klein. In Lateinamerika — ohne Brasilien und Haiti — leben ungefähr 63 Millionen Menschen, von denen einige Millionen Menschen noch eine Indianersprache sprechen. Vermutlich wird bei 65 Millionen Menschen die Muttersprache das Spanische sein. Interessant ist, daß 75 Millionen eine Zahl, die eher zu klein als zu groß ist, das Französische verstehen. Diese 75 Millionen sind sichere Stützen Frankreichs im Auslande. Sie stellen die werbende Kraft für Frankreichs Einfluß in der Welt dar. Den Deutschen erwächst daher die Aufgabe, wenn wir die Lehre aus dem Weltkriege ziehen wollen, dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Sprache und mit ihr die Kenntnis von allem Deutschen in der Welt eine größere Verbreitung findet.

Polens Kampf gegen die deutsche Wissenschaft

Der Deutsche Geographentag in Danzig ein „Angriff auf Polens Grenzsicherheit"!

A.D. Der „V. Allpolnische Geographen-Kongreß", der ursprünglich dieses Jahr in Wilna stattfinden sollte, ist für den 24. bis 26. Mai nach Odingen einberufen worden. Die polnische naturwissenschaftliche Zeitschrift „Czasopismo Przyrodnicze" schreibt dazu: „Die Tagung weckt nicht nur ein großes wissenschaftliches, sondern auch politisches Interesse, da zu gleicher Zeit die deutschen Geographen einen Kongreß in Danzig veranstalten, dem es nicht an politischem Gepräge mangelt. Deshalb soll die Tagung eine Antwort auf die seit einiger Zeit sich wiederholenden Angriffe der deutschen Geographen auf die Grenzsicherheit sein."

Der Deutsche Geographentag findet während der Pfingstwoche vom 26. bis 28. Mai in Danzig statt und hat die wissenschaftliche Behandlung der Ostsee und ihrer deutschen Küstenländer zur Aufgabe. Es muß als stark beleidigend bezeichnet werden, daß diesem Programm ein provokatorischer Charakter gegenüber Polen unterschoben wird. Wenn jetzt zwei Tage vor dem deutschen Kongreß eine polnische „Konkurrenztagung" in Odingen, nur 17 Kilometer von Danzig entfernt, abgehalten werden soll, so kennzeichnet diese Tatsache die seit dem Versailler Vertrag allgemein bekannte politische Einstellung der polnischen geographischen Wissenschaft von neuem mit aller nur wünschenswerten Klarheit. Das unfreundliche Verhalten der polnischen Geographen ist um so bedauerlicher, als es mühsoll geknüpfte Fäden internationaler wissenschaftlicher Beziehungen zu zerreißen droht.

Guter Rat!

Und kommt es dir zuweilen vor,
Als agze schwer dein Lebenskarren,
Oel' rasch die Räder mit Humor
Und er hört sicher auf zu knarren!

Erich Thait.

Weltumschau

Südamerikaflug des „Graf Zeppelin". Wie aus autoritativer Quelle verlautete, wird der „Graf Zeppelin" seinen ersten ununterbrochenen Flug nach Südamerika im August antreten. Der Hauptzweck der Reise des Luftschiffes besteht in der Beweisführung, daß der Lufttransport für den südamerikanischen Handel etwas Wünschenswertes darstellt und daß gerade Luftsegler vom „Zeppelin" Typ für diesen Zweck geschaffen sind. Der „Graf" wird von Friedrichshafen direkt nach Pernambuco, Brasilien, fliegen und von dort soll seine Post per Condor-Aeroplane weiter befördert werden.

Der Kurs des „Graf Zeppelin" dürfte mutmaßlich über den Meerbusen von Biscaya, anstatt über das Mittelmeer führen, doch hängt die diesbezügliche endgültige Entscheidung von dem zur Zeit herrschenden Wetter ab.

Die Vorbereitungen für die Verproviantierung des gigantischen Luftseglers in Pernambuco sind bereits getroffen. Auf der Rückreise wird die Post von Friedrichshafen nach Berlin durch Flugzeuge der „Lufthansa" befördert werden. Gegenwärtigen Plänen zufolge ist eventuell eine Zwischenlandung des „Graf Zeppelin" in Sevilla vorgesehen.

Man plant, während der Reise aeronautische Beobachtungen anzustellen, die sich im Interesse der Luftschiffahrt als äußerst förderlich erweisen dürften. Ferner soll durch die Fahrt nachgewiesen werden, daß eine Kooperation zwischen Luftschiffen und Aeroplanen die vollkommensten Beförderungsmöglichkeiten in sich schließt.

Diesel-Flugzeugmotor erfolgreich. Der neue Diesel-Flugzeugmotor der Junkerswerke, der nach Erklärung seiner Konstrukteure den bis jetzt verwendeten Benzinmotoren weit überlegen ist, wurde in einem neunsitzigen Eindecker über dem Flughafen Tempelhof bei Berlin einer erfolgreichen Probe unterworfen. Die Maschine ist in ein Flugzeug eingebaut, das sonst von drei Benzinmotoren getrieben wird. Beamte des Reichsverkehrsministeriums und der Lufthansa waren bei dem Fluge an Bord. Die Maschine soll im Frachtring der Lufthansa Verwendung finden und nach gründlicher Erprobung auch in Passagierflugzeuge eingebaut werden.

Der neue Motor hat keine Zündkerzen oder andere elektrische Zündung. Aus einem besonderen Tank wird dem Motor Preßluft zugeführt. Eine kleine Diesel-Hilfsmaschine ergänzt während des Fluges den Luftdruck in den Tanks. Die Explosionen in den Zylindern erfolgen, wenn ein Strahl Brennöl in eine Temperatur gespritzt wird, die durch Luftdruck auf 752 Grad Fahrenheit gebracht worden ist.

Der Motor wiegt 1760 Pfund und seine Erbauer erklärten, daß er den Aktionsradius des Flugzeugs um 40 Prozent erweitern und gleichzeitig die Nutzlast verdoppeln wird. Einer der größten Vorteile ist die Beseitigung der Feuersgefahr.

Moskau kritisiert Einladung. Litwinow, Kommissar für auswärtige Angelegenheiten in der Sowjetregierung, hat sich in einem nach Genf abgesandten Antwortschreiben darüber beschwert, daß die nach Rußland übermittelte Einladung zur Beteiligung an der Waisitzung der Kommission, die den Paneuropa-Plan prüft, so unbestimmt gehalten sei. In seinem Schreiben wird hervorgehoben, das Geschäftsprogramm für die Tagung erwähne drei Punkte, die zur Erwägung vorliegen, die Einladung an Rußland aber scheine nur einen Punkt zu betreffen.

Rußland, Türkei und Island wurden nachträglich zu der Konferenz in Genf eingeladen, die beauftragt ist, die Weltwirtschaftskrise, soweit sie von Interesse für die Gesamtheit europäischer Staaten ist, eingehend zu behandeln.

Litwinow hat nun in seiner Antwort an die Kommission den Einwand erhoben, falls die Nichterwähnung der beiden anderen Punkte auf der Tagesordnung der Genfer Kommission bedeuten solle, daß die eingeladenen drei Staaten bei der Erörterung jener Angelegenheiten nicht vertreten sein sollen, würde eine solche Absicht, nach seiner Auffassung, im Widerspruch zu der ursprünglichen Entschließung der Kommission sein. Von Litwinow wird ferner hervorgehoben, der Zeitpunkt für die Erörterung des in der Einladung an Rußland, Türkei und Island erwähnten Gegenstandes sei augenscheinlich noch unbestimmt, so daß eine russische Delegation sich nach Genf begeben müßte, um dort erst den Gegenstand und den Zeitpunkt der Besprechung zu erfahren.

Weiter erklärt der Außenkommissar: „Eine derartige Einladung könnte sich als Absicht auslegen lassen, ihre Ablehnung zu veranlassen, ganz abgesehen von dem Grad der Aufrichtigkeit und Freimütigkeit, die seitens der Verfasser eines so wichtigen Planes, wie die Einheit Europas unbedingt notwendig ist."

Litwinow ersucht, seine Beschwerdesache den Leitern der Maisitzung vorzutragen, und er schließt sein Antwortschreiben mit folgenden Worten: „Ich benachrichtige Sie hiermit, daß die Sowjet-Delegation sich darauf vorbereiten wird, in den Tagen vom 15. bis 25. Mai in Genf einzutreffen. Sie wird genaue Auskunft über den Zeitpunkt der Konferenz, zu der sie eingeladen ist, abwarten. Bitte aber dabei zu bedenken, daß die Delegation unmöglich von Moskau früher als den vierten Tag nach Empfang der Mitteilung in Genf eintreffen könnte."

Russisch-italien. Handel. Italien und Rußland haben eine Erneuerung und Erweiterung ihres Handelsvertrages unterzeichnet und es wird erwartet, daß der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern sich für den Rest des Jahres 1931 ungefähr verdoppeln wird.

Das ursprüngliche Abkommen datiert vom 2. August 1930. Es bestimmte, daß Italien Waren im Werte von 200,000,000 Lire an Rußland liefern muß. Rußland erhielt andererseits das Recht, in Italien Petroleum und Kohle unter dem Weltmarktpreis abzusetzen. Diese Transaktionen wurden in den letzten neun Monaten durchgeführt, und es wurde deshalb eine Erneuerung des Abkommens notwendig.

Für die nächsten acht Monate wurde der Betrag für italienische Warenlieferungen auf 350,000,000 Lire (rund $18,500,000) erhöht. Ob die russischen Privilegien ebenfalls ausgedehnt wurden, konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen Rußland und Italien im letzten August wurde von italienischen Geschäftsleuten, mit großer Genugtuung begrüßt, da es nicht nur ein sofortige Ausdehnung des Geschäfts brachte, sondern auch die Grundlage für künftige Wirtschaftsentwicklungen legte.

Litwinow, der als Vertreter Rußlands das Abkommen unterzeichnete, erklärte später, daß die feindselige Haltung gewisser Länder die rapide Entwicklung der russischen sozialistischen Wirtschaft nicht aufhalten könne und nur die Interessen der Länder schädige, die in dieser Feindseligkeit beharrten.

Peter A. Bogdanow, der Leiter der Amtorg Trading Corporation von New York, sprach sich in ähnlichem Sinne aus. In einer Erklärung vom 12. April sagte er, daß der Ankauf amerikanischer Produkte durch Rußland „unter den zunehmend ungünstigen Bedingungen, die hier mit Bezug auf die Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland bestehen," beträchtlich zurückgegangen sei. In dem am 31. März zu Ende gekommenen Halbjahr seien die russischen Käufe in Amerika im Vergleich zum Vorjahre von $60,441,000 auf $33,385,000 zurückgegangen. Diese Situation stehe in krassem Gegensatz zu einer wesentlichen Besserung der Handelsaufgaben mit anderen Ländern, namentlich England, Deutschland, Italien, Oesterreich und Norwegen."

Italien widersetzt sich. Nach Berichten aus zuverlässiger Quelle hat Premier Mussolini seine Minister angewiesen, mit dem französischen Versuch zu widerstehen, den vorgeschlagenen Drei-Mächte-Fünfmonatspakt anzunehmen. Die italienische Antwortnote auf die französischen Vorschläge ist bereits abgefaßt worden und wird wahrscheinlich in Paris übermittelt werden. Sie soll im allgemeinen Zustimmen, daß die beiden Nationen durch Gentlemen's Vereinbarung eine Kommission getroffen haben, das Italien zu erörtern bereit ist. Wie diplomatisch der Wortlaut der Note auch gehalten sein mag, wird sie doch klar darlegen, daß die französischen Vorschläge absolut unannehmbar sind. Wie man in Rom annimmt, ist dieses auch der Inhalt der amerikanischen und britischen Einwendung.

Premier Mussolini hatte eine Besprechung mit Außenminister Dino Grandi und Admiral Giuseppe Sirianni und erhielt das Gutachten der italienischen Antwortnote, die dem Vernehmen nach den Standpunkt vertritt, daß das Abkommen aufgehalten werden muß. Frankreichs jüngste Stellungnahme wird als vollständige Zurückziehung der Zugeständnisse aufgefaßt, die der Duce gemacht hatten.

Sachverständige erinnern daran, daß Italien auf der Londoner Flottenkonferenz vom 1929 Parität verlangte, während Frankreich auf vollständigem Ersatz der veralteten Kriegsschiffe bestand. Italien lehnte nach Mussolinis Erklärung einen Beitrag zum Abrüstung und Frieden, indem es Parität für ein Minderwertigkeitsmotiv und sich mit einer großen französischen Marineprotest abwand, weil diese gegenüber aus zweitrangigen Schiffen bestehen würde.

Die französische Forderung, in den sieben Jahren über die festgelegte Tonnage hinaus bauen zu können, um bis 1936 alle veralteten Schiffe zu ersetzen, wird als eine Ablehnung zu der französischen Marineforderung auf der Londoner Konferenz aufgefaßt. Es wird erklärt, daß Italien in der Zwischenzeit in der Situation sein würde, daß alle seine Zugeständnisse besichtigen könnten und daß es alles gehen und nichts empfangen würde.

Marinesachverständige erklären, daß das Dreimächte-Abkommen die Ermöglichung einer Italiens Verlangen nach voller Parität und Frankreichs Begehren auf vollen Ersatzbau bis 1936 verhindern sollte, während die Franzosen jetzt die Bewilligung der Ersatzbauten verlangen und dadurch die italienische Parität unmöglich machen.

Konflikt mit dem Faschismus. Papst Pius XI. erklärte in einem Briefe, wenn der Faschismus katholisch sein wolle, müsse er der Kirche und dessen Oberhaupt gehorchen. Der Brief war an den Kardinal Erzbischof Schuster von Mailand gerichtet und bildete eine direkte Antwort auf eine Rede von Giuriati, Sekretär der Faschistenpartei, die dieser anläßlich der Gründungsfeier von Rom in Mailand hielt.

Der Papst konnte den Ausführungen des Redners über die angebliche politische Tätigkeit der „Katholischen Aktion", einer Kirchenvereinigung mit vielen italienischen Katholiken, nur beipflichten. Der Papst bestätigte die Erklärung Giuriatis, daß die Katholische Aktion durch Gründung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden und anderen Standesvereinigungen in die Machtbefugnisse des Faschistischen Staates eingreife, immer daß die Aktion keine politische, sondern eine religiöse Vereinigung sei.

An einer anderen Stelle des Briefes kritisierte der Papst die Faschisten-Partei scharf wegen ihrer Einmischung in das religiöse Gebiet, besonders auch in der Frage der Jugenderziehung.

Briands angeblisches „Meisterstück". Der französische Außenminister Aristide Briand versuchte jüngst den französischen Plan für einen amerikanischen Kredit an die Landwirtschaft und an die Industrie, wonach er das durchschlagende Zollkontingent zu beantworten gedacht. Der Plan wurde dem französ. Kabinett zwecks Studium unterbreitet und soll nächster Zeit einschneidende Abänderungen in Gestalt einer Note bekanntgemacht werden.

Man glaubt, daß mit dem Plan die Wirkung des Wirtschaftsbundes zwischen Deutschland und Deutschland aufgehoben werden soll, der derselbe in Paris und anderen Hauptstädten als ein unerwarteter Ausstoß bestimmte Verbindungen politischer Bedeutung hegen kann. Es wird daß der Plan das „Meisterstück" der langen diplomatischen Laufbahn Briands werden wird, und zwar besonders dann, wenn Briand im Laufe des nächsten Monats zum französischen Präsidenten erwählt werden sollte.

In der Note wird dargelegt, wie französische Finanzinstitute Anleihen gewähren könnten, und zwar nicht an die einzelnen Staaten, sondern an die industriellen und landwirtschaftlichen Gruppen Europas, die finanzielle Hilfe nötig haben. Im ersten Teil der Note soll auch genau dargelegt werden, wie alle Farmprodukte und besonders der Weizen aller Donau- und zentraleuropäischen Dörfer abgesetzt werden könnte. Der zweite Teil befaßt sich mit industriellen Problemen, wobei Vorschläge für erleichterte Kreditgewährungen an Industriebetriebe und für Maßregeln zur Ueberbrückung der hohen Zollschranken unterbreitet werden.

Spanische Republik in Schwierigkeiten. Mehrere der vielen schwierigen Probleme, denen sich die neue spanische republikanische Regierung gegenübergestellt sieht, scheinen sich in den Vordergrund zu drängen. Unter ihnen befinden sich die Arbeitslosigkeit, die Bewegung der katalanischen Forderung einer regionalen Unabhängigkeit mit der Gewährung der Republik und die Verringerung des Personals der Regierungsdepartements. Letztere wird im Interesse der Sparsamkeit einen sich in vermutlichen Grenzen haltenden Budgets als geboten erachtet. Andererseits aber verschließen sich die Regierungsführer keineswegs der Tatsache, daß als logische Folge dieser Maßnahme die an und für sich schon große Arbeitslosigkeit in ein noch kritischeres Stadium treten muß.

Gegenwärtig hungrige Arbeitslose drängen in ganze Zeiten Sevillas ein und verderben Eisenwaren. Tatsächlich gelangen es jährliche Kaufleute mit der Angst zu tun und schließen ihre Geschäfte. Vor dem Rathause rotteten sich größere Scharen Arbeitsloser zusammen und verlangten Beschäftigung.

Um das Maß all dieser Schwierigkeiten voll zu machen, verlautet, daß Francisco Maciá trotz seines mit Premier Alcala Zamora abgeschlossenen „Waffenstillstandes" in Barcelona erklärt habe, Katalonien werde nie und immer den seinem Verlangen nach separatistischer Unabhängigkeit ablehnen.

Im allgemeinen herrscht unter der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Verfassungsstand mit der Gewährung zu einem blühenden gestalten möge, wenn andererseits auch katalanische Führer die Maßnahmen einer langen Dauer bedauern zu müssen stellen, falls man der Provinz nicht Zugeständnisse Grad zum Fortschritt verhindern.

Während General Berenguer und Fr. Gonzalez Mola sich bereits im Gefängnis befinden und in Verbindung mit den am ihnen nach der Dezember-Revolte angeordneten Hinrichtungen ihrer Profilierung entgegensehen, erwog die Regierung die Verhaftung weiterer prominenter Persönlichkeiten.

Infolgedessen der Peseta auf 9.97 pro Dollar hinaus, die allgemeine Geschäftslage, deutsche Anleihen zum Depression auf.

Regierungskrise in Chile. Präsident Carlos Ibanez der südamerikanischen Republik Chile nahm die Rücktrittsgesuche seiner fünf Ministern an und organisierte im Anschluß daran ein neues Kabinett, das ihm unter Durchführung seines im entworfenen Wirtschaftsprogramms beistehen soll. Obgleich sich in politischen Kreisen Chiles eine gewisse Erregung kundtat, nahm das Land im großen und ganzen den Kabinettswechsel mit Ruhe entgegen. Man nimmt an, daß die Regierung ihre bisherige politische Politik beibehalten wird.

Während Präsident Ibanez ferner gegenüber für den Rücktritt des Kabinetts angab, außerdem man in Bankenkreisen die Ansicht, daß ihm die Verwirklichung seines Wirtschaftsprogramms sehr am Herzen liege und daß er bereits seit längerem persönlicher Gründe halber das Verschwinden gewisser Minister wünschte.

Die Regierung erhielt ein Defizit, trotz dessen das außerordentliche Budget um 25 Millionen Pesos (etwa $3,000,000) erhöht wird, von denen 18,000,000 Pesos für Militär- und Marinezwecke angewiesen sind.

Die zurückgetretenen Minister sind: Außenminister Manuel Barros-Ortzanon; Justizminister Humberto Arce; Marineminister, Kontradmiral Conjedo von Schroeders; Erziehungsminister Alberto Edwards und der Produktionsminister. Die neuen Minister sind: Außen- und Justizminister Antonio Planet; Marineminister Schadmiral Fonseca; Marchant; Erziehungsminister Aguirre Cerda und Produktionsminister Juan Pablo Bennett.

Ver. Staaten und die Weizenkonferenz

Glauben nicht an die Möglichkeit einer internationalen Exportregelung

Briand möchte den Weizen Südosteuropas im Westeuropa unterbringen

Washington. — Die Entscheidung der amerikanischen Regierung, Nils Olsen, Chef des Büros für Agrarwirtschaft, als amerikanischen Vertreter zu der für Mai anberaumten internationalen Weizenkonferenz nach London zu entsenden, wird in nicht offiziellen Kreisen mehr als eine Geste des guten Willens, weniger als ein Beweis dafür angesehen, daß die Regierung eine weltweite Kontrolle der Weizenexporte für möglich halte.

Amerika hat die Erfahrung gemacht, daß das Naturgesetz von Angebot und Nachfrage stärker ist als alle künstlichen Maßnahmen zur Kontrolle des internationalen Handels. Z. B. exportierten die Ver. Staaten 1924—25 255 Millionen Scheffel Weizen und Mehl, und im folgenden Jahre nur 92 Millionen Scheffel. Grund: 1924—25 hatte Canada eine Fehlernte zu verzeichnen, und die Ver. Staaten hatten für den Export ein freies Feld, im nächsten Jahre lagen die Verhältnisse umgekehrt. Im Jahre 1926—27 schnellten die U.S. Exporte auf 206 Millionen Scheffel empor, dann fielen sie auf 191 Millionen, und in dem am 30. Juni 1930 endenden Jahre wurden nur 140 Millionen exportiert.

Aehnliche Schwankungen der Exportziffern sind in den Ländern der südlichen Halbkugel zu beobachten, und es steht fest, daß es ein „normales Exportquantum" nirgendwo auf der Welt gibt. Die zur Verfügung stehenden Exportüberschüsse sind von den verschiedensten Faktoren abhängig: Währungsstand, Witterung, Anbaufläche, Besteuerungsmethoden usw.

Auf Grund dieser Tatsachen kommen amerikanische Sachverständige zu der Ansicht, daß von vornherein wenig Aussicht für die erfolgreiche Durchführung von Plänen besteht, den einzelnen Ländern mit Weizenüberschuß bestimmte Exportquoten zuzuteilen oder ihnen für bestimmte Monate des Jahres auf dem Weltmarkt ein fixes Feld zu geben. Dabei ist immer nicht zu übersehen, daß in keinem Lande der Welt eine Organisation besteht, die den Weizenmarkt genügend kontrollieren, um den Exportüberschuß zu regulieren. Der canadische Weizenpool und die amerikanischen Agrarbehörde kommen derartigen Organisationen noch am nahen.

Sollte die Konferenz nicht einen neuen Ausweg finden, dürfte sie ihre Arbeit darin erschöpfen, den Weizenanbau und Exportanteil der Länder, die an der Konferenz teilnehmen, Vorschläge zu unterbreiten.

Briand kämpft um Erschließung neuer Weizenmärkten.

Paris, 30. April. (U.P.) — Aristide Briand, der Vorläufer des Paneuropa-Planes, wird mit Genehmigung der Regierung Verhandlungen mit allen anderen Industrieländern Europas aufnehmen, um als bestes Mittel zur Förderung des Projekts den Ländern neue europäischen Weizen zu erleichtern.

Auf der Konferenz der Kleinen Entente, die in Bukarest, Rumänien, zusammentritt, wird der Umfang von Weizen als Hauptgegenstand zur Erörterung gelangen. Die Teilnehmer an der Konferenz werden das Problem erwägen, Weizen aus den Agrarländern Osteuropas in die Märkte der Industrieländer Westeuropas zu bringen. Diese Zusammenkunft ist die erste von mehreren Konferenzen, die das gleiche Problem behandeln werden. Am 15. Mai folgt die Konferenz in Genua über Schritte der Organisierung des vorgeschlagenen Europabundes und drei Tage später findet in London eine Getreide-Konferenz statt.

Briand ist benachrichtigt worden, daß die Kleine Entente mit dem Plane umgeht, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik aufzustellen, unter welcher Industriestaaten Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aufheben würden als Entgelt für Beseitigung der Einfuhrzölle auf Manufakturwaren in Ackerbauländern.

Der Außenminister suchte den Nachweis zu erbringen, daß ein derartiger Austausch von Erzeugnissen für andere Nationen, einschließlich Frankreichs, vorteilhaft sein würde. In verflossenen Monat erwartete er bereits drei Erhöhungen des Prozentsatzes von ausländischem Weizen, der mit einheimischem Getreide gemischt werden darf. Er machte geltend, daß Frankreich durch Erschließung seines Weizenmarktes für Einfuhr aus den Donauländern dort für seine eigenen Industrieerzeugnisse einen Absatzmarkt schaffen würde.

Auf der Konferenz in Genua hofft er, genügend Tatsachen vorlegen zu können, um die praktischen Vorteile einer allgemeinen Wirtschafts-Union gegenüber den alten politischen Gruppierungen darzutun.

Wie chinesische Banditen wüten.

Chinesische Banditen haben zwei Tanzschiffe in die Luft gesprengt. Durch die Explosion wurden 60 Personen getötet. Die Eigentümer der Fahrzeuge hatten Zahlung der von den Banditen geforderten „Schutzgelder" für den Schiffsbetrieb verweigert.